



## Faktenblatt 3

9. Februar 2011

---

# BAFU Ausblick 2011

**Anlässlich der Präsentation der Studien zur Grünen Wirtschaft hat Bruno Oberle, Direktor des Bundesamtes für Umwelt, die wichtigsten Geschäfte seines Amtes im Jahr 2011 vorgestellt:**

➤ **Revitalisierung von Flüssen und Seen**

Am 1. Januar 2011 ist das revidierte Gewässerschutzgesetz in Kraft getreten. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen haben zum Ziel, die wichtigsten der stark verbauten Schweizer Fliessgewässer zu revitalisieren (Bundesbeitrag 40 Mio. Fr. pro Jahr), einen minimalen Gewässerraum für alle Gewässer zu sichern (Entschädigung an die Landwirtschaft 20 Mio. Fr. pro Jahr.) und die negativen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung auf die Gewässer zu minimieren (50 Mio. Fr. pro Jahr). Die mit der Gesetzesänderung notwendigen Verordnungsänderungen sind in einer im Sommer 2010 durchgeführten Anhörung mehrheitlich auf Zustimmung gestossen. Die wichtigsten Kritikpunkte lagen in den Bereichen Gewässerraum, Umgang mit Fruchtfolgeflächen und Sanierung der Wasserkraft. Der Bundesrat wird voraussichtlich im ersten Quartal 2011 die revidierte Verordnung verabschieden. Das Jahr 2011 wird im Zeichen einer engen Zusammenarbeit zwischen den Behörden von Bund und Kantonen sowie mit den Kraftwerken stehen, um die Umsetzung des Gesetzes anzugehen und die darin vorgegebenen Fristen einhalten zu können.

➤ **Biodiversitätsstrategie**

Der Bundesrat erarbeitet im Auftrag des Parlaments eine Strategie zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Schweiz. Im Juli 2009 hat er das langfristige Ziel und die Eckpfeiler definiert. Gemäss dem Bundesrat braucht es genügend Flächen, die in erster Linie für die Entwicklung der Biodiversität gesichert sind; Wirtschafts- und Freizeitaktivitäten müssen jede unnötige Beeinträchtigung der Gesamtfläche vermeiden, damit die Qualität der Lebensräume verbessert wird; der wirtschaftliche Wert der von der Biodiversität erbrachten Dienste muss besser anerkannt werden; die Schweiz unterstützt auf internationaler Ebene die Massnahmen, welche in die Richtung dieser Grundlagen gehen. Im Verlaufe des Sommers 2011 wird der Bundesrat den Bericht zur Biodiversitätsstrategie behandeln. Die Resultate der UNO-

Biodiversitätskonferenz von Nagoya vom Oktober 2010 werden in der Biodiversitätsstrategie berücksichtigt.

➤ **Änderung Jagdverordnung, Umsetzung von Motionen zum Wolf**

Beim Schutz vor Wildtieren und deren Bejagung stellen sich neue Herausforderungen. Einerseits nehmen die Störungen ruhebedürftiger Wildtiere durch die Freizeitnutzung des Menschen zu. Andererseits führen einwandernde oder zunehmende Arten wie Biber, Kormoran, Wolf, Luchs oder Bär zu Konflikten mit der Nutzung unseres dicht besiedelten Landes. Diese Entwicklungen machen im Verlauf der kommenden Monate eine Anpassung des Jagdrechtes nötig mit dem Ziel den Schutz zu verbessern und bei den Konfliktarten Lösungen zu finden. Die im letzten Herbst vom Nationalrat angenommenen Motionen zur Lockerung des Wolfsschutzes und zur Sicherung des Herdenschutzes werden voraussichtlich 2011 vom Ständerat behandelt. Bereits definitiv beschlossen ist die Motion von Ständerat Jean-René Fournier (CVP, VS), die zur Lockerung des Wolfsschutzes eine Änderung der Berner Konvention verlangt. Das BAFU arbeitet an der Umsetzung der Motion mit dem Ziel, dass der ständige Ausschuss der Berner Konvention an seiner Sitzung Ende 2011 darüber debattieren kann.

➤ **Nationale und internationale Klimapolitik**

Der Ständerat wird voraussichtlich in der Frühjahrssession 2011 als Zweitrat die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes für die Zeit nach 2012 verabschieden. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission (UREK-S) folgt weitgehend dem Konzept des Bundesrats, der mit Massnahmen im In- und Ausland den Ausstoss von klimaschädigenden Treibhausgasen bis 2020 um mindestens 20 Prozent unter das Niveau von 1990 verringern will. Der Nationalrat hatte im Juni 2010 beschlossen, mindestens 20 Prozent im Inland zu reduzieren und das Ziel international abgestimmt bis 40 Prozent anzuheben. Die Gesetzesvorlage ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“, die ein inländisches Reduktionsziel von 30 Prozent fordert. Bereits entschieden hat das Parlament, den durchschnittlichen Verbrauch neuer Personenwagen ab 2012 auf 130 Gramm pro Kilometer zu beschränken. Die dafür nötige Teilrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes wird ebenfalls in der Frühjahrssession erwartet.

Im März 2011 könnten die offiziellen Verhandlungen mit der EU-Kommission über die Anbindung der Schweiz an den europäischen Emissionshandel starten. Die EU hat im Dezember 2010 ein entsprechendes Mandat erteilt.

Die internationalen Klimaverhandlungen im Rahmen der UNO laufen auch 2011 weiter. Im Verlauf des Jahres finden verschiedene Treffen zur Umsetzung der Entscheide von Cancún und zur Vorbereitung der Weltklimakonferenz von Ende Jahr im südafrikanischen Durban statt.

➤ **Bessere Warnung vor Naturgefahren**

Seit dem 1. Januar 2011 haben die Naturgefahrenfachstellen des Bundes die Aufgabe, die Bevölkerung via die konzessionierten Radio- und Fernsehstationen vor grossen Naturgefahrenereignissen zu warnen. Der Bundesrat hatte im August 2010 die Alarmierungsverordnung entsprechend angepasst. Zusammen mit dem Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie, der Forschungsanstalt WSL (inkl.

Schnee- und Lawinenforschungsinstitut SLF), dem Schweizerischen Erdbebendienst und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz stellt das BAFU sicher, dass Behörden und Bevölkerung rechtzeitig vor Unwettern, Hochwassern und Lawinen gewarnt werden. Zu diesem Zweck koordinieren sich die beteiligten Bundesstellen im Lenkungsausschuss Intervention Naturgefahren LAINAT. Zur Verbesserung der Warnung und Information wird im Auftrag des Bundesrates das Wetterradarnetz ausgebaut, die Hochwasservorhersage verfeinert, die Gemeinsame Informationsplattform Naturgefahren für Fachleute weiterentwickelt und für die Bevölkerung die Internetseite [www.naturgefahren.ch](http://www.naturgefahren.ch) bereitgestellt. Ebenfalls am 1.1.2011 trat die vom Bundesrat am 20. Oktober genehmigte ABCN-Einsatzverordnung in Kraft, welche eine Neu-Ordnung der Einsatzorgane des Bundes für die Bewältigung von Grossereignissen vorsieht. Der Aufbau dieser neuen Einsatzorganisation ist einer der Schwerpunkte im Jahr 2011.

#### ➤ Internationales Jahr des Waldes

Die UNO erklärt 2011 zum Internationalen Jahr des Waldes. Sie lenkt damit die Aufmerksamkeit auf eines der wichtigsten Ökosysteme weltweit. Wälder erbringen vielfältige Leistungen: Sie liefern die nachwachsende Ressource Holz und sauberes Trinkwasser, schützen vor Naturgefahren, bieten Lebensraum für Tiere und Pflanzen und dienen immer mehr Menschen zur Erholung.

Um der Bevölkerung einen vielfältigen Zugang zu den verschiedenen Gesichtern des Waldes und seinen Leistungen für die Öffentlichkeit zu ermöglichen, hat sich eine breite Trägerschaft aus Bund und Kantonen, Interessenvertretern von Waldwirtschaft und Umwelt, Wissenschaft und Bildung hinter das Internationale Jahr des Waldes gestellt und wird verschiedene Aktivitäten lancieren (s. Agenda [www.wald2011.ch](http://www.wald2011.ch)). Anlässlich des Internationalen Tages des Waldes vom 21. März 2011 findet ein Medienanlass im Wald mit Bundesrätin Doris Leuthard statt. Im August ist die Premiere eines vom BAFU und den Kantonen unterstützten Dokumentarfilms über den Schweizer Wald geplant, der anschliessend auch im Schweizer Fernsehen und im Kino ausgestrahlt wird.

#### Auskünfte

- Sektion Medien Bundesamt für Umwelt, 031 322 90 00

#### Internet

- Internationales Jahr des Waldes: [www.wald2011.ch](http://www.wald2011.ch)
- Naturgefahrenwarnungen des Bundes: [www.naturgefahren.ch](http://www.naturgefahren.ch)